

Erstpreis
jährlich mit Ausnahme Sonntag- und Feiertags.

Bezugspreis
einzeljährlich 3,50 Mk. frei aus-
haus gebracht; durch die Post
bezogen 3 Mk. 25 Pf.

Wochenarten 25 Pf.
Eingelassen kosten
10 Pf.

Kreis-Zeitung

für den Ober-Taunus-Kreis.

Anzeigenpreis

die vierspaltige Garmond-
zeile oder deren Raum 20
Pfg.; im Nachdruckteil die
Peltzeile 35 Pfg. — Nach-
satz bei öfteren Wiederhol-
ungen. — Laufende Wohn-
ungsanzeigen nach Ueberein-
kunft.

Geschäftsstelle

Latienstraße 73, Fernruf 414
Postfachkonto Nr. 11569
Frankfurt a. M.

Aufruf!

In wenigen Tagen sind von der Front zu-
rückflutende

Soldaten - Massen

zu erwarten, die hungrig nach ihrer Heimat
wandern und Nahrungs- und Lebensmittel neh-
men, wo sie sie finden.

Es gilt dieser großen Gefahr zu be-
gegnet!

Gründet in allen Orten

Berpflegungsstationen

die die Hungernden so gut es geht, befriedigen,
damit sie ihren Marsch fortsetzen können.

Jeder muß helfen und sich sofort der Orts-
behörde, die die Sache in die Hand nimmt, zur
Verfügung halten und zwar sofort, da Eile not-
wendig und eine wirklich große Gefahr droht.

Bad Homburg v. d. H., 15. Novbr. 1918.

**Der Landrat: Für den Arbeiter-
und Soldatenrat:**
von Marx. Hintelen.

Bekanntmachung.

Diesemigen Militärpersonen, deren Ersatz-Truppenteil
nicht im Bereiche des stellw. Generalkommandos 18. A. K.
liegt, werden mit Ausnahme derjenigen, die im Dienst
verbleiben wollen, zu ihren Bez.-Kdo. entlassen.

Diese Leute haben sich morgens von 9-11 und nach-
mittags von 3-5 Uhr auf dem Garnison-Kommando, hier,
Zimmer 14, zur Entgegennahme von Entlassungsauswei-
sen zu melden.

Bad Homburg, den 15. Nov. 1918.

J. A. d. Soldatenrates.

Garnison-Kommando.

Appel.

Bekanntmachung.

Die in verschiedenen Räumen Homburgs untergebrach-
ten Möbel und Kohlen des großen Hauptquartiers sind
staatsliches Eigentum. Sie gelten als vom Soldatenrat
Homburg beschlagnahmt. Es wird hiermit zur öffentlichen
Kenntnis gebracht, daß diese Gegenstände in den betreffen-
den Gebäuden zu verbleiben haben, bis darüber von hier
verfügt wird. Aushändigungen haben nur an Militär-
personen zu erfolgen, die einen eigens hierfür ausgestell-
ten gestempelten Ausweis des Soldatenrates mit der Un-
terschrift des Präsidenten Appels, oder dessen Vertreters
Knapp, bei sich tragen.

Personen, die sich widerrechtlich an den Gegenständen
vergreifen, solche verschleppen oder verbrauchen, ziehen
außer Rückstraffung der Kosten strengste Bestrafung
nach sich.

Bad Homburg v. d. H., den 15. Nov. 1918.

Der Homburger Arbeiter- und Soldatenrat.

J. A. Appel.

Bekanntmachung.

Von Seiten der städtischen Behörde wird Klage darüber
geführt, daß in den Wäldern unberechtigter Weise rüd-
sichtslos abgeholzt wird. Dieses wird hiermit strengstens
verboten.

Wer dabei betroffen wird, zieht Bestrafung nach sich.
Die Patronen werden angewiesen, die Leute bis zur
Feststellung der Personlichkeiten festzunehmen.

Bad Homburg v. d. H., den 15. Nov. 1918.

Der Homburger Arbeiter- und Soldatenrat.

J. A. Appel.

Zwischen Waffenstillstand und Frieden.

P. R. Die derzeitige Regierung hat den Waffenstill-
stand Hochs angenommen, trotzdem der Wortlaut der Be-
dingungen zeigt, daß sie in einer Anzahl von Punkten
noch erbarmungslos sind, als man aus der ersten Ber-
liner amtlichen Mitteilung entnahm. So fürchtbar die
Enttäuschung ist, der Regierung bleibt nichts weiter
übrig, als sich ihnen zu unterwerfen. Sie muß mit der

Tatsache rechnen, daß ein großer Teil der Soldaten nicht
mehr kämpfen kann oder will, was ja praktisch auf das-
selbe herauskommt. Wobei freilich hervorzuheben ist, daß
es sich dabei vielfach um die zuletzt Ausgehobenen handelt,
die noch gar nicht im Felde waren, während sich unsere
Front bis zuletzt gut gehalten hat und den Dant des
Vaterlandes verdient. Die Feldgrauen, die schon mit
draußen waren, sind daher auch sehr niedergeschlagen über
das bittere Ende. Ferner war entscheidend, daß die Schich-
ten der Industriearbeiter nicht mehr durchhalten wollten
und Frieden verlangten, ohne zu fragen, wie er aussehen
würde. Sie hofften, nach der Abdankung des Kaisers
günstige Bedingungen vom Feinde zu erhalten und damit
schnelle Besserung der Verhältnisse im Lande. Auch sie
sind jetzt arg enttäuscht. Aber das kommt zu spät. Die
Front, draußen wie drinnen, war unter diesen Umständen
nicht zu halten und es kommt jetzt nur darauf an, daß
Ruhe und Ordnung im Lande bewahrt bleibt, damit uns
die schwere Zeit nicht auch noch die Schrecken eines Bür-
gerkrieges bringt. Die im Augenblick ausgeschalteten bür-
gerlichen Schichten müssen daher auch die Erwägung zu-
rückenstellen, daß die Organe der jetzigen sozialistischen Re-
gierung, an der Spitze der „Vorwärts“, es gewesen sind,
die gerade die verhängnisvolle Strömung der Schwäche
und Entmutigung genährt haben. Jetzt gilt es nur, das
Schlimmste abzuwenden, und das kann lediglich durch
Mitarbeit aller Volksschichten erreicht werden. Deshalb muß
im Augenblick jeder Bürger der Regierung helfen, die Ord-
nung aufrecht zu erhalten, damit wir möglichst schnell zum
Frieden gelangen, so gut oder schlecht er jetzt sein kann,
und wenigstens die harte Zeit des Überganges nicht un-
nötig verlängert und noch schlimmer gestaltet wird. Es
ist ohnehin keine leichte Aufgabe, jetzt die Geister der
Anarchie im Zaume zu halten. Das beweisen bereits die
ersten Kundgebungen der sozialistischen Regierung, die sich
gegen Anordnungen und Ausschreitungen, zum Teil ihrer
eigenen Organe wenden müssen, durch die die Rahmleg-
ung des Verkehrs und damit die Störung der Volksernäh-
rung droht. In welche furchtbare Lage wir kommen könn-
ten, zeigt uns die Bitte der Regierung an Lansing
um Milderung der Forderungen, da die Waffenstillstands-
bedingungen die Ernährungsverhältnisse Deutschlands
verwundet gestatten und den Hungertod von
Millionen Männern, Frauen und Kindern bedeuten.“
Nicht minder deutlich weist auf den furchtbaren Ernst
ein Appell, den das Ministerium des bayerischen Volks-
staates an die Regierungen der Feinde richtet, in dem es
heißt: „Alle Hoffnungen, die wir durch den Erfolg der
Revolution hegen durften, sind damit zerstört. Die
Bedingungen bedeuten Vernichtung des Volkes. Werden
sie aufrechterhalten, so geben wir Zuständen entgegen,
die keine menschliche Phantasie sich vorstellen kann. Eine
anarchische Auflösung aller Verhältnisse würde die Folge
sein.“ Ferner ein Telegramm der deutschen sozialistischen
Regierung, das die Internationale um Vermittlung
bittet, weil die Wegnahme unserer Verkehrsmittel „die
Ernährungsschwierigkeiten ins Unerträgliche steigert, sie
bedroht zahllose Unschuldige, Frauen, Kinder und Kranke
mit dem Hungertod“. In dieser Lage sind wir; das
sich klar zu machen und danach zu handeln, ist Pflicht
jedes einzelnen.

Von der Regierung hingegen müssen wir verlangen,
daß sie nicht zögert, die Vorarbeiten für ihre Hauptauf-
gabe, die Einberufung der konstituierenden Nationalver-
sammlung, in die Hand zu nehmen, damit wir an Stelle
des jetzt beseitigten Reichstags wieder eine gesetzte, all-
gemein anerkannte Regierung erhalten, in der auch die
zurzeit ausgeschalteten bürgerlichen Parteien zu Worte
kommen. Dadurch wird das Gefühl der Beruhigung wie-
der eintreten, dessen Fehlen jetzt lähmend und lähmend
wirkt. Sofort aber muß sie auch durch entsprechende Er-
klärungen und Maßnahmen die notwendigen Sicherheiten
für Eigentum und persönliche wie politische Freiheit bie-
ten, ohne die keine gedeihliche Entwicklung denkbar ist.
Dadurch am besten wird sie sich auch die Mitarbeit aller
Volksschichten gewinnen. Und was die Sorgen um die
Volksernährung betrifft, so muß sie unverzüglich Vor-
kehrungen treffen, um Störungen der Versorgung durch
das Zurückfluten der Truppen von der Westfront zu ver-
hüten. Nach den Städten des Westens müssen Vorräte
geschafft und die zur Entlassung bestimmten Soldaten
schleunigst aufs Land verteilt werden. Nur durch schnelle
Arbeit wird sie den ihr da erwachenden Aufgaben ge-
werden und Notständen entgegenwirken können, die sie
selbst in so berechneten Worten als drohend schildert.

Lebensmittel durch die Entente.

Haag, 14. Nov. Holländisch Nieuwsbureau meldet aus
Washington vom 13. November: Der schweizerische Ge-
schäftsträger in Washington übermittelte dem Staatssekre-
tär Lansing folgendes Telegramm des deutschen Reichs-
kanzlers:

„Die deutsche Regierung bittet den Präsidenten der
Vereinigten Staaten, dem deutschen Reichskanzler draht-
los mitzuteilen, ob er damit rechnen darf, daß die Regie-
rana der Vereinigten Staaten bereit ist, ohne Zeitverlust
Lebensmittel nach Deutschland zu schicken, falls die öffentliche Ordnung in Deutschland aufrechter-
halten werde und eine gerechte Verteilung der Lebens-
mittel verbürgt sei.“

Hierauf hat Staatssekretär Lansing geantwortet:

„Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie folgende
Antwort der deutschen Regierung zukommen ließen: In
einer gemeinsamen Sitzung der beiden Häuser des Kon-
gresses hat der Präsident der Vereinigten Staaten am 11.
November mitgeteilt, daß die Vertreter der assoziierten
Regierungen in der Sitzung des Obersten Kriegsrates in
Versailles durch einstimmigen Beschluß den Völkern der
Zentralreiche die Versicherung gegeben haben, daß unter
den gegenwärtigen Umständen alles, was möglich ist, ge-
tan wird, um diese Völker mit Lebensmitteln zu versor-
gen und die ungeheure Not, die an vielen Stellen Men-
schenleben bedroht, zu lindern, und daß sofort Schritte
unternommen werden, um diese Hilfsversuche in der glei-
chen systematischen Weise zu organisieren, wie dies im
Falle von Belgien geschehen ist. Weiter hat der Präsi-
dent seine Ansicht dahin geäußert, daß es durch die Be-
nützung der stillliegenden Tonnage der Zentralmächte ge-
genwärtig möglich sein müsse, die leidende Bevölkerung
von der Angst vor dem übergroßen Elend zu befreien, so
daß sie ihre Vernunft und ihre Tatkraft für die weiteren
Aufgaben des politischen Wiederaufbaues zurückgewinn-
ten. Deshalb hat der Präsident mich beauftragt, zu erklären,
daß er gewillt sei, die Ausschickung von Lebensmitteln
nach Deutschland im günstigsten Sinne zu erwägen und die
Angelegenheit sofort den assoziierten Regierungen anheim
zu stellen unter der Bedingung, daß nachweislich in
Deutschland die öffentliche Ordnung besteht und fortbe-
stehen wird und daß eine gerechte Verteilung der Lebens-
mittel nachweislich garantiert werden kann.“

Genehmigen Sie bitte den Ausdruck meiner erneuten
Hochachtung.
Robert Lansing.“

London, 13. Nov. (M. I. B. Nichtamtlich.) Reuter.
Unterhaus. Im Laufe der Debatte über die Kreditvor-
lage sagte der Lebensmittelskontrollleur Clynes: Die Kon-
trolle über die Vorräte und Preise muß bestehen bleiben,
bis normale Zeiten gekommen sind. Man habe die Pflicht
die notleidenden Länder zu ernähren und es sei ihm eine
Genugtuung, daß es ihm zusammen mit dem Lebensmit-
telkontrollleur der Vereinigten Staaten gelungen sei, eine
internationale Organisation zu schaffen, durch die den
hungernden Feinden Hilfe gebracht werden könnte. Die
Alliierten und die Neutralen hätten natürlich den Vor-
rang. Der Sieg habe den Alliierten die Pflicht auferlegt,
für die sofortigen Bedürfnisse des geschlagenen Feindes zu
sorgen. Es würden Maßnahmen zur raschen Hilfeleistung
getroffen werden.

Die Republik und die Einzelstaaten.

B. Fast sämtliche deutsche Einzelstaaten haben sich als
Sonderrepublik erklärt. Auf den ersten Blick er-
scheint das als eine Übernahme von Gesetzen und Re-
chten, die sich wie eine ewige Krankheit forterben. Es ist
anzunehmen, daß die deutsche Republik als solche eine
größere Vereinheitlichung der gesamten inneren Verwal-
tung durchführen muß und wird. Das gilt beispielsweise
für Verkehrs- und Steuerwesen, ebenso für die eigentliche
innere Verwaltung. Damit entfällt zum Teil der Auf-
gabenkreis der Einzelrepubliken. Was bisher die Auf-
rechterhaltung der gliedstaatlichen Hoheit veranlaßte, das
war die geschichtliche Entwicklung, die, von Stammes-
und dynastischen Einflüssen geleitet, an Sonderrechten
festhielt. Nun wird gegen eine große deutsche Republik
ins Feld geführt, daß sie damit auch die Kulturstätten
beseitige, die bisher dem gesamten deutschen Bilde so far-
benfrohe Vielgestaltigkeit verlieh. Neben Berlin blühten
Dresden, München, Stuttgart, Karlsruhe und Weimar,
von Hamburg, Bremen, Lübeck und anderen großen Kul-
turstätten nicht zu reden. Allein der Einwand trifft nur
halb zu. Mit der Beseitigung der Dynastien werden die
ehemaligen Residenzstädte unbedingt an dem verlieren,
was bisher ihre Anziehungskraft ausmachte, aber das
muß kein dauernder Verlust sein. Denn wie Frankfurt a.
Main, Köln und Leipzig zeigen, können Städte von sich
aus eine eigene Stadtkultur schaffen, die nur aller Fesseln
ledig sein dürfte, um noch mehr als bisher zu leisten.
Wichtiger ist indessen, daß die Sonderbestrebungen der
Einzelstaaten die Verwaltung ungünstig zersplittert. Kein
wirtschaftlich bedeuten sie eine Vergewandung von Energien
jeder Art, die an anderer Stelle wirksamer und notwen-
diger gebraucht werden. Niemand tritt damit der Eigen-
art der deutschen Stämme zu nahe. Sie wird nicht ver-
schwinden, da niemand ein Ergebnis der staatlichen Uni-
formität, sondern der soziologischen Entwicklung ist. Allein
wenn die einzelstaatlichen Verkehrs- und Steuerysteme
aufrechterhalten bleiben, so wäre das an sich ein Wider-
spruch gegen die Logik der Tatsachen. Die Zusammenleg-
ung der gesamten inneren Verwaltung würde überdies
eine Erparnis an Arbeitskräften ermöglichen, ohne daß
ein mit wohlverworbenen Rechten ausgestatteter Bürger
benachteiligt zu werden braucht.

Wie sehr uns das Stammesgefühl in Fleisch und
Blut steckt, geht daraus hervor, daß selbst die Sozialdemo-
kraten nicht daran zu rütteln wagen. In München hat
der Norddeutsche Kurt Eisner den bayerischen Freistaat
ausgerufen, und in Weimar, dem Herzen der deutschen
Reinheitsbewegung, will der Sozialdemokrat Baudert zum min-
desten eine Republik Thüringen gelten lassen. Gewiß
kann und will die Sozialdemokratie nicht soweit gehen,
daß alle Fäden in der Hauptstadt der Republik, in Berlin

zusammenlaufen. Auch die preussischen Provinzen verfügen über ein Sonderleben, das an Kraft und Eigenart dem der Einzelstaaten nichts nachgibt. Es wird viel wichtige und wertvolle Einzelarbeit von den örtlichen Sonderorganisationen zu leisten sein. Es wäre ein Hohn auf die deutsche Republik, wenn jeder Einzelstaat ängstlich an seiner Sonderverwaltung festhielte, d. h. für Angelegenheiten, die sich dem Zusammengriff des Gesamtstaates nicht mehr entziehen können. Ueber all diese Dinge und noch einige andere mehr muß die kommende verfassunggebende Versammlung entscheiden. Sie hat nicht nur die staatliche Form für das Gesamtreich, ihren Inhalt und die gewählte Verwaltung, sondern auch die prinzipielle Mitarbeit und die individualistische Beteiligung zu bestimmen. Sie kann vor keiner deutschen Stammesgrenze Halt machen, ohne daß dabei das Eigenleben der Stämme angetastet wird. Aber Klarheit muß über das eine wie das andere herrschen, und keine Partei wird sich einer Stellungnahme entziehen können. Je eher das geschieht, desto heilsamer ist das für die gesicherte Politik und wirtschaftliche Zukunft des ganzen deutschen Volkes.

Die Umwälzung im Reiche.

Gegen die Rote Garde.

Berlin, 13. Nov. (W. B.) Der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates berief zu heute mittag eine Soldatenversammlung, der die Vertreter sämtlicher Truppenteile Groß-Berlins und die Döberitzer Flieger-Abteilung des ersten Armee-Korps Königsberg beizuhöhen. Die Tagesordnung lautete: „Funktionen der Soldatenräte“. Im Mittelpunkt der Besprechungen stand jedoch ein heute veröffentlichter Erlaß des Vollzugsrates des Arbeiter- u. Soldatenrates an die Arbeiter und Parteigenossen Groß-Berlins, worin zweitausend sozialistisch geschulte, politisch organisierte Genossen und Arbeiter mit militärischer Ausbildung aufgefordert werden, sich zum Schutze der Revolution zur Verfügung zu stellen. Als das Mitglied des Vollzugsrates, Zivilist Oskar Busch über die Zusammenfassung des Arbeiter- und Soldatenrates sprach, ertönten laute Zurufe: „Warum werden zweitausend Rotgardisten in Berlin gebraucht?“ Redner erklärte: „Zum Niederschlagen der Gegenrevolution brauchen wir Männer, die unser Vertrauen in höchstem Maße besitzen. Diese Erklärung rief stürmischen Widerspruch hervor. Die folgenden Redner verlangten unter lebhaftem Beifall die sofortige Zurücknahme des Aufrufs. Einstimmig wurde schließlich folgender Antrag angenommen: „Die durch ihre gewählten Soldatenräte vertretene Garnison Groß-Berlins wird die Bewaffnung der Arbeiter solange mit Mißtrauen betrachten, als die Regierung zu deren Schutz dienen soll, sich nicht ausdrücklich zur Einberufung der Nationalversammlung als der alleinigen Grundlage der zu gebenden Verfassung erklärt.“ Weiter wurde beschlossen, daß die Bildung von besonderen Rotgardisten von dem Arbeiter- und Soldatenrat sofort öffentlich zurückgenommen werde, daß die Waffen dieser zweitausend Mann sofort an einem bestimmten Punkte niedergelegt werden müßten. Mehrere Soldaten wurden zum Vollzugsrat abgefangen, um ihm diesen Beschluß mitzuteilen.

Die Gründung von Bürgerräten.

Berlin, 14. Nov. (W. T. S. Nichtamtlich.) Unter dem Vorsitz von Dr. Kießer bildete sich ein vorbereitender Ausschuß zur Gründung von Bürgerräten. Es wurde eine Entscheidung gefaßt, worin die Absicht kundgegeben wird, die volle Gleichberechtigung des Bürgertums zu wahren und die Bestrebungen der Reichsleitung zur Erhaltung von Ruhe und Ordnung zu unterstützen. Verlangt wird die schnelle Einberufung der konstituierenden Nationalversammlung.

Die bürgerlichen Parteien.

Die bürgerlichen Parteien, die durch die offenbar von langer Hand vorbereitete Revolution völlig überrascht worden sind und mangels einer festen Organisation sowie infolge der in den eigenen Reihen herrschenden Zersplitterung und Befehlshaber keinerlei Widerstand zu leisten vermochten, haben sich nunmehr entschlossen, die Forderungen geltend zu machen, die ihnen die Pflicht gegen das Vaterland und die Notwendigkeit der Selbsterhaltung auferlegt. Die dringendste und nächste Forderung ist die konstituierende Versammlung. Erstreckt sich hat sich die Meinung einer politischen Korrespondenz, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei habe zu dieser Frage noch in keiner Weise Stellung genommen, als unzutreffend erwiesen. Zu der irtümlichen Meinung hatte wohl Veranlassung gegeben eine Stelle in dem die Einigungsbedingungen enthaltenden Schriftstück der U. S. V. vom 10. November, worin gesagt war, daß die Frage der konstituierenden Versammlung späterer Erörterung vorbehalten bleiben solle. Nunmehr ist durch das Programm der gegenwärtigen Reichsleitung vom 12. d. Mts. die Abhaltung einer konstituierenden Versammlung seitens der beiden in der Reichsleitung zusammenwirkenden sozialistischen Parteien gewährleistet; in dem Programm wird angekündigt, daß die Wahlen zu der konstituierenden Versammlung nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht auf Grund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen stattzufinden haben. Nähere Bestimmungen über die Versammlung werden in Aussicht gestellt.

Die zweite Forderung, die sich nach Lage der Dinge für die bürgerlichen Parteien mit zwingender Notwendigkeit ergibt, ist die Einsetzung einer demokratischen Regierung, einer wirklichen Volksregierung. Die sozialdemokratische Presse beider Richtungen hat den Erfolg der Revolution als einen Sieg der Demokratie gefeiert, aber die Zustände, zu denen die gewalttätige Umwälzung geführt hat, sind alles andere als demokratisch. Während in den meisten süddeutschen Volksstaaten die bürgerlichen Parteien in der republikanischen Regierung vertreten sind, z. B. in Württemberg Nationalliberale, Zentrum und Volkspartei neben Sozialdemokraten beider Richtungen, ähnlich in Baden und Hessen, wird in der Reichsregierung in der preussischen Regierung und auch sonst in den einzelnen Volksstaaten die Regierung ausschließlich von Mitgliedern der beiden sozialdemokratischen Parteien, inner-

halb einzelner Arbeiter- und Soldatenräte sogar ausschließlich von der U. S. V. ausgeübt, die sich überhaupt während der bisherigen Entwicklung einen überragenden Einfluß gesichert zu haben scheint. Gegen die Fortdauer eines derartigen Zustandes beginnen nunmehr die bürgerlichen Parteien Einspruch zu erheben. Der geschäftsführende Ausschuß der Fortschrittlichen Volkspartei und die Leitung der Zentrumspartei in München sind bereits mit Kundgebungen an die Öffentlichkeit getreten. Der Präsident des Hansa-Bundes Dr. Kießer hat zur sofortigen Bildung von Bürgerausschüssen aufgerufen, die in Fühlung mit der Reichsleitung und den bestehenden Arbeiter- und Soldatenräten die bürgerlichen Rechte und die volle Gleichberechtigung des Bürgertums bei allen staatlichen Maßnahmen zu wahren haben.

Diesem allgemeinen Verlangen werden die gegenwärtigen Machthaber früher oder später Rechnung tragen müssen. Es ist dringend erwünscht, daß dies so schnell als möglich geschieht. Die Partei Ebert-Scheidemann drängt offenbar selbst auf eine Entscheidung zu Gunsten der Errichtung einer wahrhaft demokratischen Regierung hin. Von Anfang an hat die Partei diesen Standpunkt vertreten. In Übereinstimmung damit schreibt Friedrich Stampfer im „Vorwärts“ vom 13. November: „Diese Regierung (die Regierung der Arbeiter- und Soldatenräte) ist noch nicht die vom ganzen Volke beauftragte Regierung, aber wir müssen alles tun, damit sie es später wird. Vorläufig ist sie nur unsere Regierung, die Regierung der Sozialisten, die sich in der Stunde der Not zu gemeinsamem Handeln zusammengefunden haben. Von ihrer Lebensfähigkeit, ihren Erfolgen hängt alles für uns ab. Sie und wir müssen mit gutem Gewissen dem Tag entgegengehen — er kommt gewiß —, an dem das ganze Volk in seiner konstituierenden Nationalversammlung Rechenschaft fordern wird!“

Die Demobilisierung.

Gegen planloses Zurückrufen der Truppen.

Berlin, 14. Nov. (W. B. Amtlich.) Dem Rat der Volksbeauftragten ist bekannt geworden, daß durch die Anordnungen des Arbeiter- und Soldatenrates in Köln eine ungeheure Katastrophe und Chaos vermieden worden sind, die durch die planlos zurückgerufenen Truppenteile und die aus Furcht vor Internierung fliehenden, im militärisch pflichtigen Alter stehenden Zivilpersonen zu entstehen drohten. Zum Abfangen dieser Leute wurde im Etappengebiet ein Kordon gebildet, der die zurückfliehenden Soldaten aufnimmt, sie ihren Truppenteilen zuführt und für die Einsammlung der Waffen sorgt. Ein zweiter Kordon wird an allen Rheinübergängen gebildet.

Das Verhalten des Arbeiter- und Soldatenrates in Köln in dieser Angelegenheit ist für sämtliche Arbeiter- und Soldatenräte vorbildlich. Es ist eine der wichtigsten Aufgaben dieser Körperschaften, daß sie die von ihren Truppenteilen getrennten Soldaten möglichst rasch zur Rückkehr in die Truppe oder in die Erziehung und damit zur Regelung ihrer Verpflegungs- und Ernährungsverhältnisse verhelfen. Die große Aufgabe der Demobilisierung kann nur dann ohne schwere Erschütterungen der öffentlichen Ordnung gelöst werden wenn die Arbeiter- und Soldatenräte den Demobilisierungsbehörden freiwillige Hilfe leisten.

Schaffung von Wohnungsgelegenheit.

Frankfurt a. M., 15. Nov. (Priv.-Tel.) Wie die „Frankf. Ztg.“ aus Berlin erfährt, hat der Staatskommissar für das Wohnungswesen an den Regierungspräsidenten in Charlottenburg einen eiligen Rundschreiben gerichtet, worin er im Hinblick auf die zu erwartende beschleunigte Demobilisierung des Heeres auf die dringende Notwendigkeit hinweist, mit allen Mitteln für Wohnungsgelegenheiten durch die Gemeinden zu sorgen. Wo Wohnungsnot nachweise vorhanden sind, müssen für ihre Tätigkeit ganz allgemein auch auf die Vermittlung möblierter Zimmer und von Schlafstellen ausgedehnt. Der Bevölkerung ist nahegelegt, verfügbare Räumlichkeiten auch dann herzugeben, wenn ein wirtschaftlicher Zwang dazu nicht besteht. Es ist darauf hinzuweisen, daß es sich nur um kurze Zeit handelt, das volles Entgelt gezahlt wird und nötigenfalls die Gemeinden aus Mitteln der Kriegswohlfahrtspflege die Kosten übernehmen. Wo Wohnungsnot nachweise nicht bestehen, müssen die Gemeindebehörden selbst entsprechende Maßnahmen treffen, vor allen Dingen aber werden Säle und andere größere Räume in öffentlichen Gebäuden sowie in Gasthäusern, Fabriken, Geschäftshäusern usw. zu gemeinsamer Beherbergung Mehrerer einzurichten sein. Auch auf die nicht wieder von Kranken belegten Vereinslazarette sei hingewiesen, die wegen ihres Bestandes an Betten besonders wichtig sind.

Lokale Nachrichten.

Bad Homburg v. d. H., 15. Nov. 1918.

* **Kurhaustheater.** Das Beste an dem „Oberbayerischen Bauerntheater“, welches gestern die Winterpielzeit mit Hans Reuters fünftägigem Volksstück „Almenrausch und Edelweiß“ eröffnete, ist die unwürdige Natürlichkeit, welche diese Darsteller der bäuerlichen Figuren Reuters aus dem wirklichen Leben in das Reich der Täuschung mitgenommen haben. Und es ist doch wieder die Kunst — und keine geringe — welche diese Natur veredeln muß. Sie tritt besonders in den tragischen Momenten des Stückes leuchtend in den Vordergrund. Dabei — es ist interessant das zu beobachten — vergessen die trefflichen Verkörperer ihrer heimatischen Gestalten keinen Augenblick ihre vornehmste Aufgabe, nur der Natur getreue Züge nachzuahmen. Keinerlei Schönfärberei und kein Haschen nach Theatereffekten; von der Bühne weht die unerschöpfte frische Luft der Berge, die einem vergessen läßt, daß man im Theater ist. Da ist kein Zug, den wir nicht für wahr erkennen. Im Ernst an das Herz greifend, in den humoristischen Stellen von verblüffender Einfachheit. Und ein weiterer Vorzug dieses Gesamtgauspiels, der besonders den kritischen Beurteiler so wohlklingend berührt, ist das prächtige Zusammenpiel. Ein künstlerisch

geschlossener Rahmen, aus dem niemand nach einem hervorragenden Platz an der Sonne der Kunst beim Publikum strebt. Der Spielleitung des Direktor W. Lanius, die das erreicht hat, den Künstlern, die seine Absicht eine Gesamtwirkung zu erzielen, verständlich zu der ihrigen gemacht haben, dafür ein besonderes Lob. Die Kritik glaubt deshalb von einer Besprechung der Einzelleistungen, so hervorragend sie zum Teil gewesen sind, absehen zu sollen. Sie registriert nur, daß das Gesamtgauspiel des „Oberbayerischen Bauerntheaters“ unter den Direktoren E. Sandbühler und W. Lanius, von dem Strom des Lebendigen und Natürlichen getragen wurde, was von dem dichtbesetzten Hause durch lebhaften Beifall anerkannt wurde.

Die Pausen füllten Zither- und Gesangsvorträge des Herrn Adam Stürzel, ein souveräner Beherrscher seines Instruments und Fräulein Fanny Wapethofer, die Darstellerin der Sennnerin Evi. Eminente technische Fertigkeiten auf der Zither, vereint mit einer ungewöhnlichen Gestaltungskraft und schöner Innlichkeit, die den Hörer in ihren Bann zogen. Fräulein Maperhofer aber versteht zu singen. Schade nur, daß so kostbares Material und so gute Gesangsgebaben nicht einer höheren Kunststätte zugeführt wurden.

Für hübsche Bühnenbilder hatte Robert Neppach gesorgt.

* **Kurhaustheater.** Als erste Vorstellung im Abonnement A findet, wie das Theaterbüro schreibt, Montag, den 18. November, ein Gesamtgauspiel des Frankfurter Neuen Theaters (Direktion Arthur Hellmer und Max Reimann) statt. Zur Aufführung gelangt das fäktische Schauspiel „Die Frau von 40 Jahren“ von Sil Bata. Besetzt sind die Damen Gertrud de Ralsh, Dora Tillmann, Alara Bassermann, Gustl Sieger, Edith Michaelis, Frieda Frischmann und Herr Ulrich Bettac. Spielleitung: Alois Grohmann. Das Bühnenbild ist von Robert Neppach vom Neuen Theater in Frankfurt a. M. Anfang der Vorstellung 7 Uhr.

* **Städtische Lebensmittelversorgung.** Laut Bekanntmachung des Magistrats werden verabfolgt: Frisches Fleisch und Wurst 150 Gramm, Margarine 50 Gramm, Marmelade 125 Gramm, Kartoffelwalmehel und Eipulver. Bemerkt wird, daß eine Neueintragung der Kunden in die von den Messern geführten Kundenlisten am Montag, den 18. ds. Mts. zu bewerkstelligen ist.

* **Spiritusmarken.** Im Lebensmittelbüro werden morgen, Samstag, von 8½—1 Uhr, Spiritusmarken an solche Personen ausgegeben, die den Brennspiritus unbedingt zu Kochzwecken benötigen und dies nachzuweisen in der Lage sind. In keinem Falle darf Spiritus zu Beleuchtungszwecken verwendet werden. Da nur Marken in geringem Maße zur Verfügung stehen, müssen die Anträge auf Zuweisung von Spiritusmarken scharf geprüft werden.

* **Die Möbel und Kisten für das Große Hauptquartier.** Die in verschiedenen Räumen Homburgs untergebracht wurden, sind, wie der hiesige Soldatenrat heute veröffentlicht, fiskalisches Eigentum und gelten als vom Soldatenrat beschlagnahmt. Die Mobilien und Kisten verbleiben dort, wo sie sich befinden, bis darüber verfügt wird. Wer sich an ihnen vergreift (sie verschleppt oder verbraucht) wird streng bestraft.

* **Unberechtigter Holzschlag.** Von der Städtischen Behörde wird darüber geklagt, daß in den Wäldern unberechtigt und rücksichtslos abgeholzt wird. Der Soldatenrat erläßt dagegen ein Verbot und betont, daß solche unberechtigte Holzschlägen Bestrafung nach sich ziehen. Außerdem sind die Patrouillen angewiesen worden, die betreffenden Leute bis zur Ermittlung ihrer Personalien festzunehmen.

* **Generalalarm.** Heute früh brach im Dachstod des dem Herrn Jakob E. C. a. r. d. gehörigen Hauses, Dorotheenstraße 10, Feuer aus. Die Freiwillige Feuerwehr wurde gegen 10 Uhr alarmiert.

Aus Nah und Fern.

† **Friedberg, 14. Nov.** Der Arbeiter- und Soldatenrat hat das hiesige Großherzogliche Schloß beschlagnahmt und hier sein Gr. H. Q. aufgeschlagen.

† **Frankfurt a. M., 14. Nov.** Ein Betrüger, der sich Franz Esch nannte, hat in mehreren Fällen Seide und Bindfäden gegen Duplikatlieferscheine offeriert. An Stelle der verkauften Waren enthielten die Kisten Holzblöcke. Es gelang Esch, der sehr vornehm auftrat, große Summen zu erschwindeln.

† **Schwauheim a. M., 14. Nov.** Der hiesige A. S. K. ließ von der Post und Bürgermeisterei die Adler und alle sonstigen „Kaiserlich“ und „Königlichen“ Erinnerungen entfernen.

† **Diez a. L., 14. Nov.** (Schweres Bergwerksunglück. 4 Tote.) Auf der Grube Holzappel riß in einem Nebenschacht das Seil des Förderforbes. Die 4 Insassen des Korbes stürzten aus erheblicher Höhe in die Tiefe und waren sofort tot. Unter den Toten befinden sich zwei Brüder aus Winden, die beiden anderen stammen aus Dies bzw. Balduinstein.

† **Wehlar, 14. Nov.** Von einem Hochofengerüst der Badenschen Eisenwerke stürzten zwei Schloffer ab, der eine brach das Genick und war auf der Stelle tot, dem anderen Schloffer zerhackte eine nachstürzende Eisenstange die Schulter.

† **Mainz, 14. Nov.** An den hiesigen Gerichten werden die Urteile nicht mehr im Namen des Großherzogs gefällt, sondern es heißt im Schöffengericht: „Es ergelt zu Recht“ und an der Straßammer: „Es ergelt dahin Urteil“. — In der Nacht vom 8. November wurden bekanntlich die Gefangenen aus den Militärgefängnissen befreit und die Gerichtssakten vernichtet. Nur die Schwerverbrecher wurden nicht befreit. Zu den nicht Entlassenen gehören auch der Hauptmann Philippi aus Wiesbaden und der Raubmörder Krapfel.

† **Worms, 14. Nov.** Im angeblichen Auftrag des Berliner A. S. K. ließen sich fünf bewaffnete Soldaten unter schweren Androhungen wider das Leben des Bürgermeisters aus der Gemeindefasse in Bürstadt 5000 Mark auszahlen und verschwanden mit dem Raub. Auch in anderen Orten Rheinheffens soll das Manöver gelungen sein.